

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

am

28. September 2018

zum Thema

**Neue Studie belegt schweren Schaden für Wirtschaft
durch Abbruch der Integrationsprojekte inkl. der Lehre
für Asylwerbende: Rechtsschritte, Arbeitsmarktfakten in
OÖ, der Anti-Lehrlings-Erlass**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

Neue Studie belegt schweren Schaden für Wirtschaft durch Abbruch der Integrationsprojekte inkl. der Lehre für Asylwerbende: Rechtsschritte, Arbeitsmarktfakten in OÖ, der Anti-Lehrlings-Erlass

Eine neue Studie aus der Schweiz zeigt: je länger Flüchtlinge nicht arbeiten dürfen, desto wahrscheinlicher ist später ihre Arbeitslosigkeit. Doch obwohl die Asylverfahren in Österreich immer länger werden und Arbeiten für Asylwerbende weitgehend verboten ist, hat Oberösterreich beim Zugang zum Arbeitsmarkt nach dem Asylbescheid große Erfolge. Rund ein Drittel der neu Asylberechtigten und Subsidiär Schutzberechtigten schafften es heuer am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Das schafft Integration, Selbständigkeit, unterstützt die Wirtschaft und verringert Sozialkosten.

Der Hauptgrund: Oberösterreich fördert Integration ab dem ersten Tag – unter anderem durch Lehrausbildung, Qualifizierung, Deutschkurse und Beschäftigungsmaßnahmen. Diese werden aber nun von der Bundesregierung weitgehend abklärt, was massiv höhere Arbeitslosigkeit und Millionen an Kosten bedeuten würde. Integrations-Landesrat Rudi Anschober erhöht daher den politischen Druck in einer immer stärkeren Allianz mit der Wirtschaft, um Lösungen der Vernunft dafür zu suchen und startet Gegenmaßnahmen, um die Politik der Streichungen der Integration durch die Bundesregierung möglichst abzufedern.

Integration von Asylberechtigten in den Arbeitsmarkt in OÖ viel besser als erwartet

International ist es das Ziel, dass nach zehn Jahren Aufenthalt jeder zweite Asylberechtigte Arbeit gefunden hat und am Arbeitsmarkt integriert ist.

Viele haben bezweifelt, ob dies bei der aktuellen Fluchtbewegung erreichbar ist. Das ist deshalb besonders wichtig, weil ein Job der Schlüssel zur Integration ist und damit Sozialkosten vermieden werden können (Mindestsicherung).

Aktuell gelingt die Integration am oberösterreichischen Arbeitsmarkt jedoch viel besser als erwartet:

- Lediglich 2.606 der rund österreichweit 31.800 als arbeitslos vorgemerkte Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten leben in Oberösterreich.
- Lediglich 88 (!) Asylberechtigte sind als lehrstellensuchend gemeldet.
- 2016 konnten in OÖ 1.585 arbeitslos vorgemerkte Asylberechtigte einen Job finden,
- 2017 waren es bereits 2.214,

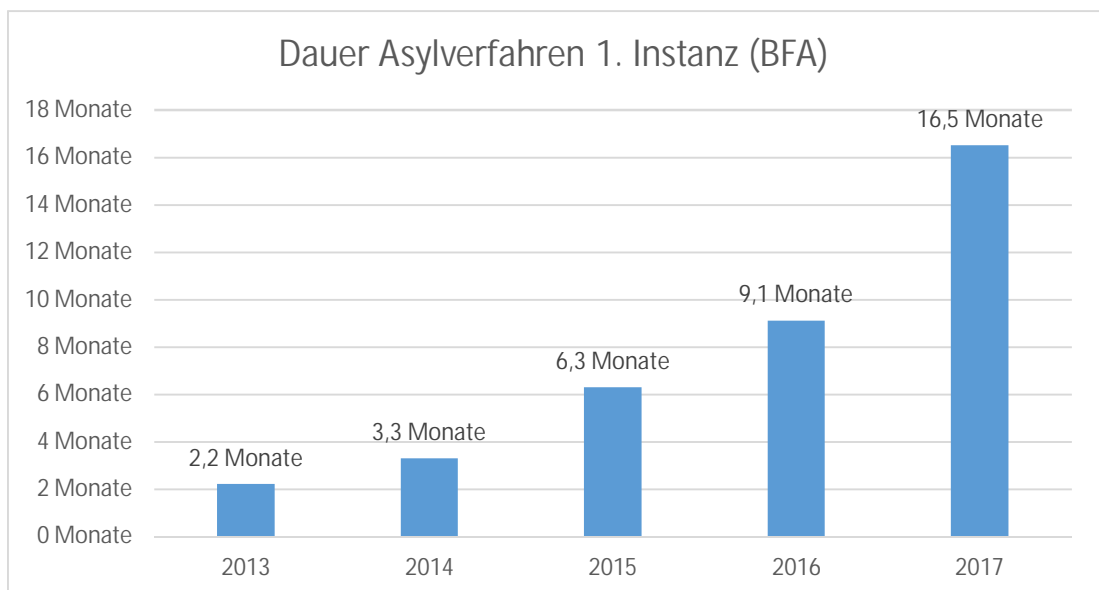
- alleine im August 2018 schafften dies 279,
- im Jahr 2018 schafften bisher 26,9 Prozent (2017: 18,1 Prozent) der arbeitslos neu Vorgemerkten einen Job - inklusive der nach dem Asylbescheid direkt in den Job Gewanderten, dürfte damit die Arbeitsmarktintegration der neu Asylberechtigten bei deutlich über einem Drittel liegen.

Das ist ein toller Start für die Integration, für volkswirtschaftliche Weitsicht und für einen sparsamen Umgang mit Steuergeld.

Integration ab dem ersten Tag ist der Schlüssel für die großen Erfolge bei der Jobintegration in Oberösterreich

Für die Arbeitsmarktintegration hierzulande gibt es eine besonders schlechte Voraussetzung: die Asylverfahren in Österreich sind so lange wie fast nirgendwo sonst in Europa.

Die Asylverfahren werden aktuell nicht kürzer, sondern inklusiver 2. Instanz sogar länger.



Quelle: Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl

In der **2. Instanz beim Bundesverwaltungsgericht** nimmt der Rückstau aufgrund Personalunterbesetzung bei den Richterstellen immer mehr zu. Mit Stichtag 3. Jänner 2018 waren am Bundesverwaltungsgericht insgesamt 4.500 Verfahren ein Jahr, 900 Verfahren zwei Jahre, 300 Verfahren drei Jahren und 50 Verfahren mehr als vier

Jahre anhängig. Derzeit fallen rund 1.000 neue Verfahren mehr an, als abgearbeitet werden können. Der Rückstau steigt, die Verfahren werden länger.

Davon sind in Oberösterreich sehr viele Asylwerber/innen elementar betroffen. Denn in der oö. Grundversorgung leben derzeit 7.576 Menschen, davon befinden sich 4.745 in der zweiten Instanz!

Und massiv verschärft wird dies durch die Tatsache, dass in dieser Zeit der Asylverfahren ein weitgehendes Arbeitsverbot auf Basis des sogenannten Bartenstein-Erlasses aus 2004 besteht.

Laut Erhebung der OECD gibt es in Österreich neben Großbritannien damit für Flüchtlinge den spätesten Zugang auf den Arbeitsmarkt.

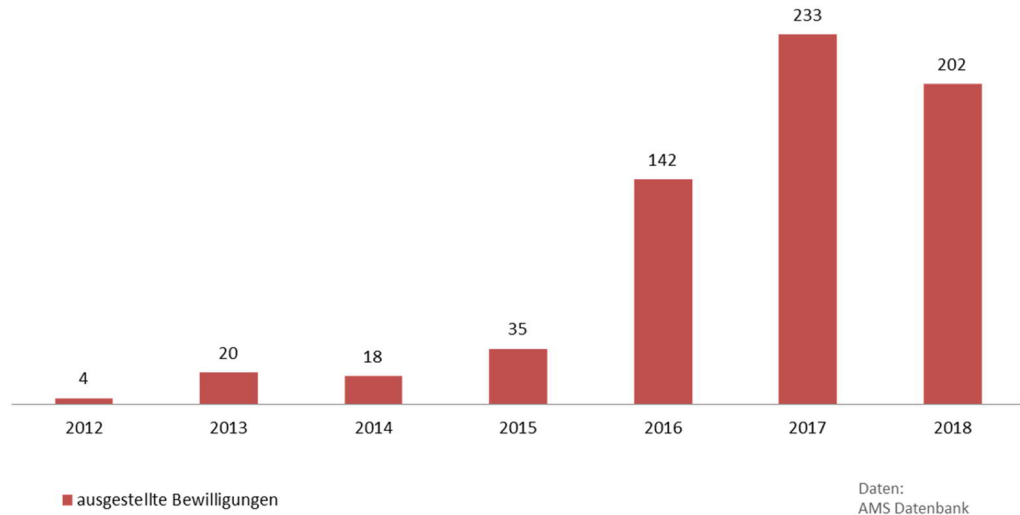
Aus diesem Grund hat sich Integrations-Landesrat Anschober beim Start seiner Tätigkeit vor drei Jahren dazu entschlossen, Integrationsmaßnahmen ab dem ersten Tag des Aufenthalts zu verwirklichen. Das ist angesichts der katastrophal langen Verfahren für die Integration und die Lebensperspektiven notwendig, aber auch die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Jobintegration nach dem Bescheid.

Ansonsten würde die Tagesstruktur verloren, die Qualifikation abgebaut - die Fitness für den Job würde immer schlechter.

Integrationsoffensive hat gegengesteuert und damit die Erfolge am Arbeitsmarkt erst ermöglicht:

- seit 2016 wurden fast 20.000 Kursteilnehmer/innen bei den geförderten Deutschkursen gezählt - dazu kommt die tolle Arbeit der Zivilgesellschaft beim Deutschlernen,
- wir versuchen möglichst viele Asylwerber/innen in Tätigkeiten zu bringen: im 3. Quartal 2018 waren 729 Asylwerber/innen in OÖ in gemeinnützigen Tätigkeiten aktiv, weitere 207 waren pro Monat (Stand Juli 2018) auf Basis von Dienstleistungschecks aktiv.
- 149 Asylwerber/innen sind in Oberösterreich im Rahmen von Saisontätigkeiten aktiv (Stand August 2018),
- das größte Erfolgsmodell ist die Lehre, die seit 2012 für Asylwerber/innen offen gestanden ist:

2012 -2018 ausgestellte Beschäftigungsbewilligungen für Asylwerber*innen in einem Lehrverhältnis OÖ



Aktuell haben in Oberösterreich 433 Asylwerber/innen eine Beschäftigungsbewilligung für eine Lehrausbildung. **14 dieser Lehrlinge** haben bereits den Lehrabschluss geschafft!

Anschober: "Zusammen mit einer sehr guten Integration in den Pflichtschulen, vielen Übergangsstufen zur Zusatzqualifizierung und umfassenden Qualifizierungsmaßnahmen sind diese Integrationsmaßnahmen die einzige Chance, trotz der überlangen Verfahren und dem Arbeitsverbot, eine Fitness für die Arbeitsmarktintegration nach dem Bescheid zu schaffen."

Streichen der Integrationsmaßnahmen schadet der Integration und den Betroffenen und wird hohe Kosten für Wirtschaft und Volkswirtschaft und für das Landesbudget bewirken

Die Bundesregierung klärt schrittweise die Integrationsmaßnahmen für Asylwerber/innen ab: Finanzierung der Deutschkurse für Asylwerbende weitgehend gestrichen, verpflichtendes Integrationsjahr für Asylwerber/innen gestrichen, Plätze für Saisontätigkeiten drastisch verringert, keine Ausweitung der Gemeinnützigen Tätigkeiten (wie für 1. April versprochen worden war) und das Ende des Zugangs zur Lehre und die Fortsetzung von Abschiebungen von Lehrlingen.

Das alles wird enorme Kosten und Probleme verursachen:

- Die Fitness für den Jobeintritt nach dem Asylbescheid wird dramatisch verschlechtert
- Laut Untersuchung von Prof. Schneider (Johannes Kepler Universität) verursacht die Abschiebung eines Lehrlings während der Lehrausbildung durchschnittlich Zusatzkosten von 77.500 Euro pro betroffenem Unternehmen
- Laut einer zweiten Untersuchung von Prof. Schneider ist die wirtschaftliche Bilanz eines Flüchtlings ab dem 6. Jahr positiv - dies verschiebt sich umso weiter nach hinten, je später die Betroffenen arbeiten dürfen
- alleine die derzeit in Österreich aktiven Lehrlinge ersparen dem Land rund 10 Mio. Euro pro Jahr (davon 4 Mio. in OÖ), aufgrund von Einsparungen in der Grundversorgung und der Sozialversicherung
- der Lehrlingsmangel ist das dramatischste Problem für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich und gefährdet einzelne Unternehmen in ihrer Existenz

Neue Studie beweist: je später der Zugang zum Arbeitsmarkt, desto höher die Arbeitslosigkeit (und damit die Kosten für die Gesellschaft/Mindestsicherung)

Eine neue Studie von Forschern der ETH Zürich und der Stanford University (Marbach/Hainmüller/Hangartner) - siehe Beilage - belegt am Beispiel Deutschlands, wie stark die Erfolge bei der Arbeitsmarktintegration von der Dauer der erzwungenen Untätigkeit abhängen.

Untersucht wurde dabei die Entwicklung in Deutschland vor und nach dem Jahr 2000, nachdem am 22. März 2000 durch ein Gerichtsurteil die Wartezeit auf den Zugang zum Job auf zwölf Monate verringert wurde. Konkret wurde damit die Wartezeit um durchschnittlich sieben Monate verringert. Nach dieser Verringerung war die Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe um rund 20 Prozent geringer.

Anschober: "All diese Fakten belegen eindeutig: das jahrelange erzwungene Arbeitsverbot schadet den Betroffenen, der Integration und in einem besonderen Ausmaß der Wirtschaft. Jahrelange erzwungene Untätigkeit führt dazu, dass die Fitness am Arbeitsmarkt verlernt wird. Dies hat in Folge hohe Kosten für die Budgets: denn je geringer die Arbeitsmarktintegration, desto höher die Sozialkosten. Das heißt: diese Bundesregierung zwingt durch ihre Integrationsverbote immer mehr Betroffene in die Mindestsicherung, anstatt alles für die Arbeitsmarktintegration zu tun.

"

Erlass zum Verbot der Lehre für Asylwerber/innen ist wirtschaftliches Millionengrab

Mit dem Erlass vom 12. September 2018 beendet die Bundesregierung das wichtigste Fitnessprogramm für junge Asylwerber/innen, den Zugang zur Lehre. Besonders brutal dabei ist, dass dieses Verbot sogar bereits für jene gilt, die bereits vor Wochen eine Zusage eines Unternehmens erhalten hatten, aber das AMS die Anträge nicht mehr entscheiden konnte. All diese Verfahren müssen nun aufgrund von Teil 2 des Erlasses negativ entschieden werden. Für 111 Menschen (24 in Oberösterreich), die sich in den vergangenen Monaten eine Lebensperspektive erarbeitet hatten, wird damit das bereits Geschaffte politisch wieder zerstört.

"Ausbildung statt Abschiebung" startet Gegenmaßnahmen auf allen Ebenen

- Bereits 10.000 Offene Briefe an den Bundeskanzler als Protest gegen Abschiebungen von Lehrlingen und Forderung eines weiteren Zugangs zur Lehre
- Alle Integrationsmaßnahmen für Asylwerber/innen werden in OÖ ausgebaut:
 - bereits in den nächsten Tagen starten 270 geförderte Deutschkurse im ganzen Land, die vom Integrationsressort ohne Bundesbeteiligung finanziert werden
 - breiter Ausbau der Gemeinnützigen Tätigkeiten und der Nutzung des Dienstleistungsschecks
 - weitere Projekte sind in Vorbereitung und Planung, Rechtsschritte in Prüfung
- massiver politischer Druck gegen das Ende der Lehre und der Fortsetzung der Abschiebungen: bereits 900 Unternehmen sind aktiv
- Initiative bei der EU-Kommission gegen diesen wahrscheinlichen Bruch der Aufnahme-Richtlinie der EU. Diese legt fest, dass ein geeigneter Arbeitsmarktzugang für Asylwerber/innen in jenen Mitgliedsstaaten verwirklicht werden muss, deren Asylverfahren länger als neun Monate dauern (ab Jahresende wird diese Grenze sogar auf sechs Monate gesenkt). Mit dem Ende des Zugangs zur Lehre wird die AufnahmeRL offensichtlich von Österreich nicht mehr erfüllt. Diesen Bruch darf die EU nicht hinnehmen.